



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

## STANDPUNKT Lohndumping in der Luft

Die Air-Berlin-Angestellten kommen zu kurz, meint Simon Poelchau

Jetzt konnte sich Lufthansa also die Sahnestückchen der insolventen Air Berlin schnappen. Und auch Easyjet wird sicherlich noch den einen oder anderen leckeren Happen abbekommen.

Man muss nicht unbedingt Manager bei der schon früh beleidigt aus dem Bieterfeld ausgeschiedenen Ryanair sein, damit einem das Treiben um die Ausschachtung der Pleitefluglinie missfällt. Die Bundesregierung hatte ihr noch im Sommer einen Notkredit von 150 Millionen Euro bewilligt, damit der Flugbetrieb erst mal weiter laufen konnte. Doch Politiker von Union und SPD ließen keinen Zweifel dran, dass die Lufthansa später die fettesten Stücke bekommen sollte. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) etwa wischte kartellrechtliche Bedenken beiseite, Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) gab unumwunden zu, dass sie den Branchenprimus und »Champion im Luftverkehr« noch weiter stärken wolle.

Dies wäre alles noch politisch tragbar, wenn zumindest alle Arbeitsplätze erhalten blieben. Doch zwei von zehn Air-Berlin-Angestellten werden bald ein Fall für die Arbeitsagentur sein. Und die, die übernommen werden, müssen sich zu einem großen Teil erst mal neu auf eine Stelle bewerben und dann vermutlich zu schlechteren Bedingungen weiterarbeiten. Insofern ließen die scheidenden Berliner Koalitionspartner zu, dass sich die Lufthansa bei der Air-Berlin-Pleite auch auf Kosten der Beschäftigten bereichern kann.

## UNTEN LINKS

Ob wir in einer bedeutsamen Zeit des Umbruchs leben, werden Historiker zu beurteilen haben. Aber seit dieser Woche wissen wir wenigstens, welches Schlüsselergebnis dafür verantwortlich gewesen ist. Denn wir erleben gerade live die Ausdifferenzierung der Arten im Anthropozän. Der Mensch beobachtet sich selbst dabei, wie Teile seiner Spezies der Evolutionstheorie zum Opfer fallen. Grund ist der einschneidende Raubbau an der Grundvoraussetzung allen Lebens: der Nahrungsaufnahme. In diesen Tagen wirft der Brauereieriese Rauberger die Öko-Limo Bionade aus dem Portfolio und verkauft sie irgendwohin weiter. Grund ist, man wolle sich künftig auf den einzig rentablen Absatzmarkt konzentrieren: Bier. Wir wollen hier gar nicht von »Ausbreitungstypen« und anderen Reproduktionsstrategien schwadronieren, aber es ist doch offensichtlich. Der Bionade-Hipster stirbt aus und wird wohl langfristig vom seit Urzeiten dominanten Homo Hopfen verdrängt. cod

# Kopf an Kopf in Niedersachsen

Vor allem wegen der Unionskrise ist die Landtagswahl noch spannend geworden



Stürmischer Wahlkampf in Hannover

Foto: dpa/Linus Kempa

Berlin. Es wird sich noch erweisen, ob der Plakatspruch des niedersächsischen Regierungschefs Stephan Weil zutreffen wird und er »sturmfest« bleibt. Vor der Landtagswahl am Sonntag hat seine SPD die CDU in den Umfragen eingeholt und Weil freut sich über hohe Beliebtheitswerte. Sollten jedoch mehr als vier Parteien ins Parlament einziehen, wird die Regierungsbildung schwierig. Eine Große Koalition hielt Weil für »ziemlich unwahrscheinlich«. Ausschließen wollte er ein solches Bündnis im Gespräch mit dem NDR aber nicht.

Derweil hadert CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann mit seiner Bundespartei. Seit die

Konservativen bei der Bundestagswahl deutlich an Stimmen verloren haben, geht es auch für ihn in den Umfragen bergab. Insbesondere mit der AfD konkurriert die Partei um Wähler vom rechten Rand.

Einen Bärendienst könnte dabei nun Thomas de Maizière der niedersächsischen CDU erwiesen haben. Der Bundesinnenminister zeigte sich in einem Anflug von Toleranz bei einer Wahlkampfveranstaltung in Wolfenbüttel offen dafür, in bestimmten Regionen Deutschlands muslimische Feiertage einzuführen. Althusmann widersprach seinem Parteikollegen umgehend. »Feiertage haben in

Deutschland eine lange Tradition; für eine Änderung dieser gewachsenen Strukturen sehe ich keinen Bedarf«, sagte er der dpa.

Nach der Landtagswahl werden in der kommenden Woche die Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen im Bund beginnen. Bis auf einige linke Grünen-Politiker hat in den Parteien der möglichen Jamaika-Koalition noch niemand laut über eine Minderheitsregierung nachgedacht. Die Politikwissenschaftlerin Maria Thürk hob gegenüber »nd« Vorteile einer solchen Regierung hervor: So werde dann beispielsweise das Parlament gestärkt. avr

Seiten 2 und 3

# Lufthansa kauft Großteil von Air Berlin

Branchenprimus zahlt voraussichtlich 210 Millionen Euro für Teile von insolventer Fluglinie

Drei Wochen lang verhandelte die insolvente Fluglinie Air Berlin exklusiv mit Lufthansa und Easyjet. Mit ersterer kam es nun zu einer Einigung.

Von Simon Poelchau

210 Millionen Euro – so viel zahlt die Lufthansa für große Teile der insolventen Air Berlin. Dies teilte Air Berlin am Donnerstagnachmittag mit. Teil des Deals sind die Tochterunternehmen Niki und die Luftfahrtgesellschaft Walter mit zusammen 1300 Beschäftigten sowie 20 weitere Flugzeuge der Air Berlin. Der Preis könne noch angepasst werden, wenn der Kaufvertrag vollzogen werde. Die Gespräche mit Easyjet über den Verkauf weiterer Unternehmensanteile dauern noch an.

Bereits am Donnerstagmorgen stand eine Einigung im Raum. Für den Mittag war ein Notartermin geplant, hatte Lufthansa-Chef Carsten Spohr der Nachrichten-

agentur dpa angekündigt. Die Nummer eins in Deutschlands Lufthansa will 81 Flugzeuge übernehmen und 3000 Mitarbeiter neu einstellen. Vollkommen in trockenen Tüchern ist der Deal noch nicht. Es muss noch die EU-Wettbewerbsbehörde grünes Licht geben. Auch der Gläubigerausschuss und der Sachwalter im Insolvenzverfahren müssen zustimmen.

Auf einigen innerdeutschen Strecken wird nahezu ein Monopol entstehen.

Vor der Verkündung des Deals waren Lufthansa und Billigflieger Easyjet fast drei Wochen lang in exklusiven Verhandlungen mit der insolventen Airline. Mit dem nun ausgehandelten Kaufpreis sollte

Air Berlin in der Lage sein, den Notkredit von 150 Millionen Euro zurückzuzahlen, der ihr im August vom Bund gewährt wurde, um den Flugbetrieb aufrecht erhalten zu können.

Doch hegen Experten wettbewerbsrechtliche Bedenken: »Mit dem nun besiegelten Verkauf großer Teile der insolventen Air Berlin an die Lufthansa wurde die Chance vertan, den deutschen Luftverkehrsmarkt zugunsten des Wettbewerbs und damit der Kundinnen und Kunden neu zu ordnen«, sagt Tomaso Duso vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Vor allem auf einigen innerdeutschen Strecken würde nahezu ein Monopol entstehen, weil es größtenteils Airlines des Lufthansa-Konzerns seien, die diese künftig bedienen. »Das wird nicht ohne Preissteigerungen vorantreiben gehen«, so Duso.

Auch Beschäftigtenvertreter betrachten den Verkauf mit Skepsis. »Mit der Übernahme der Flug-

zeuge geht auch die soziale Verantwortung für die Arbeitsplätze an die neuen Eigentümer über«, erklärt der Sprecher der Pilotengewerkschaft Cockpit, Markus Wahl. »Es kann nicht sein, dass sich Piloten nach der Übernahme auf ihre eigenen Arbeitsplätze bewerben und dann auch noch Gehaltsabschläge von bis zu 40 Prozent hinnehmen müssen – so wie es Lufthansa im Moment von den Piloten fordert.« Mit Agenturen

## Lesen Sie morgen im wochen-nd

Pizza mit mehr drauf: Dietmar Daths Kosmos

RAF, Staat, Linke: Deutscher Herbst 1977

Beat im Ruhrgebiet: Die erste Girlsband

# USA treten aus UNESCO aus

Washington wirft UN-Organisation anti-israelische Tendenzen vor

Paris. Die USA treten aus der Bildungs- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen, UNESCO, aus. Der Schritt der Regierung von US-Präsident Donald Trump sei sehr bedauerlich, erklärte die UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokova am Donnerstag in Paris. US-Außenminister Rex Tillerson hatte Bokova über das Ausscheiden der USA unterrichtet. Damit protestieren die USA entschieden gegen die Mitgliedschaft Palästinas als ordentlicher Staat bei der UNESCO.

Der US-Rückzug passt in die Strategie der Trump-Regierung, die ihre finanziellen Beiträge an die Vereinten Nationen kürzt und der Weltorganisation anti-israelische Tendenzen vorwirft. Den Angaben zufolge wird der Rückzug zum 31. Dezember wirksam. Anschließend wollen die USA ein Beobachterbüro bei der UNESCO einrichten. Die USA hatten bereits 2011 unter Präsident Barack Obama die Zahlungen an die Organisation mit Sitz in Frankreichs Hauptstadt eingestellt. In den USA befinden sich 23 UNESCO-Welterbestätten. epd/nd

# Palästinenser auf Versöhnungskurs

Fatah und Hamas unterzeichneten in Kairo entsprechendes Abkommen

Kairo. Vertreter der Palästinenserorganisationen Fatah und Hamas haben sich in Kairo auf ein Abkommen zur Versöhnung geeinigt. Nach palästinensischen Medienberichten haben sich die Parteien unter anderem über die Lieferung von Strom und wegen des Grenzübergangs nach Ägypten verständigt. Was mit dem bewaffneten Arm der radikal-islamischen Hamas passieren soll, ist dagegen weiterhin unklar.

Bei den Gesprächen unter Vermittlung Ägyptens war es darum gegangen, den seit 2007 von der Hamas beherrschten Gazastreifen unter die Kontrolle der palästinensischen Regierung von Präsident Mahmud Abbas zu stellen. Die Abbas-geführte Regierung soll die Verwaltung dort ab Dezember vollständig übernehmen, teilte das ägyptische Pressezentrum mit. Ägypten lade alle palästinensischen Fraktionen, die 2011 das Versöhnungsabkommen unterzeichnet hätten, am 21. November zu Gesprächen nach Kairo ein. Aus Israel gab es bis zum Nachmittag keinen Kommentar dazu. dpa/nd

Seite 6

# Amri hätte verhaftet werden können

Berliner Sonderbeauftragter sieht grobe Fehler bei Polizeiarbeit

Berlin. Der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz Anis Amri hätte schon frühzeitig verhaftet werden können. Der Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt am 19. Dezember vergangenen Jahres hätte somit verhindert werden können. Das ist das Ergebnis des Abschlussberichts des Sonderermittlers Bruno Jost, den der Berliner Senat damit beauftragt hatte, den Anschlag und mögliches Behördenversagen zu untersuchen. Amri war den Ermittlungsbehörden schon seit längerem bekannt und wurde als islamistischer Gefährder geführt. Eine Observierung durch die Berliner Polizei wurde nach nur kurzer Zeit im Juni 2016 beendet, obwohl die Maßnahme noch bis Oktober genehmigt war. Die Polizei hatte dies damit begründet, dass sie keine Anzeichen zur Vorbereitung eines Verbrechens gefunden habe. Tatsächlich stellte sich aber heraus, dass Amri mit Drogen handelte. Das hätte zu einer Verhaftung führen können, meinte Jost am Donnerstag. »Es gab grobe Fehler, die nicht hätten vorkommen dürfen.« Jost

Seite 9

